

Parteien - Verbände – Bürgerinitiativen

(eindeutiger Schwerpunkt: Parteien)

- 5 1. Rudolf Speth: **Machtvolle Einflüsterer** (*Um Lobbyismus geht es in der Klausur eher nicht.*)
 2. Parteien und Verbände **Brauchen wir Parteien?** S. 3
 3. Verbände und Bürgerinitiativen -> Volksbeteiligung (*Definition*) S. 7
 4. **TABELLE** (*Definition*) S. 8
 10 5. Johannes Kuhn: **Ich wünschte ein Bürger zu sein** S. 8
Dieser Text Nr. 5 kommt der Klausur am nächsten. Nachteil: relativ schwer verständlich.
 6. Thomas Assheuer: **Wir haben die Nase voll!**

Diese drei folgenden Texte erscheinen hier nur als Link; sie zu lesen schadet nichts!

- 15 7. Auf das Regieren kommt es an – Ein sehr intelligentes Interview mit dem Staatsrechtler Christoph Möller über die Piratenpartei usw. <http://www.zeit.de/2012/21/Interview-Moellers/komplettansicht?print=true>
 8. **Wissen wir es besser?** Ein Pro und Contra über den deutschen Gutmenschen. Pro von Katrin Göring-Eckardt (*subjektiv: sehr lesenswert*) und Contra Josef Joffe (*subjektiv: verquer formuliert; wenig lesenswert*)
 20 <http://www.zeit.de/2011/20/Gutmensch-Contra/komplettansicht?print=true>
 9. **Das gelobte Land** – ein Betrachtung am Rande unseres Themas über Deutschland
<http://www.zeit.de/2011/40/DOS-Das-Gelobte-Land>

25

Rudolf Speth **Machtvolle Einflüsterer**

Lobbyisten sind ein wichtiger Teil unserer Demokratie - solange ihr Einfluss bekannt ist

- 30 Die Diskussion um Leihmitarbeiter in den Ministerien hat im vergangenen Jahr noch einmal die Lage verdeutlicht: Regierung und Parlament stehen in engem Kontakt mit den gesellschaftlichen Interessengruppen und ihren Lobbyisten. Der Öffentlichkeit ist diese Beziehung nicht immer klar. Sie wird immer dann zum Problem, wenn der Einfluss von Lobbyisten und Interessengruppen auf politische Entscheidungen als ungerechtfertigt und intransparent skandalisiert wird.
 35 Dabei sollte klar sein, dass Politik ohne eine Verbindung zu den gesellschaftlichen Interessengruppen kaum vorstellbar ist. Doch die Nähe zwischen Lobbyisten, Parlament und Regierung ist in einer Demokratie eine beständige Herausforderung und zuweilen auch anstößig, weil demokratische Grundprinzipien verletzt werden können.
 40 Nur in Sonntagsreden hält sich heute noch die naive Vorstellung, dass in den Ministerien genügend Sachverstand vorhanden sei und dass das Parlament mit seinen unabhängigen Abgeordneten als Repräsentationsorgan nur das Gemeinwohl im Auge hätte. Parlament und Regierung waren immer schon auf die Artikulation der Interessen der verschiedenen Gruppen und ihre Expertise angewiesen. Unter den Bedingungen einer Wissensgesellschaft hat sich diese Abhängigkeit noch einmal verstärkt. Der Regierungsapparat ist immer weniger in der Lage, das nötige Wissen für die
 45 Regelung komplexer Sachverhalte aus sich selbst heraus zu schöpfen.

Bündelung von Interessen

- Eine vollständige Trennung zwischen Parlament und Interessengruppen hat es im Übrigen noch nie gegeben. Deutschland ist eine Verbändegesellschaft und nach wie vor sind die Verbände unverzichtbare Akteure. Sie bündeln die Interessen einer Wirtschaftsbranche, sprechen für ganze
 50 gesellschaftliche Bereiche wie den Sport oder haben - wie die Wohlfahrtsverbände - die sozialstaatliche Aufgabenerfüllung übernommen.

Den Verbänden gelingt es heute immer schlechter, eine privilegierte Stellung zu verteidigen. Sie schaffen es immer weniger, die heterogener werdenden Interessen zusammenzubinden und in der beschleunigten Mediengesellschaft mitzuhalten. Doch nach wie vor sind sie ein wichtiger Faktor in der Artikulation und Durchsetzung von Interessen. Verbände besitzen das Privileg, frühzeitig von Gesetzgebungsvorhaben zu erfahren; sie sitzen in den wichtigen Beiräten der Ministerien, unterhalten zu den relevanten Abteilungen in den Ministerien stabile Kommunikationsbeziehungen wie die Steuerabteilung des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) in das Finanzministerium oder der Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Im Bundestag treten Verbände häufig als Experten bei Anhörungen auf. Man kann es so ausdrücken: Die Verbände mischen schon immer mit und sie sind nach wie vor wichtige Akteure, wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Doch die Verbände haben Konkurrenten bekommen. Wer heute seine Positionen gegenüber der Politik vertreten will, muss dies nicht mehr über die Kanäle der Verbände tun. Zudem nimmt die Verbandsfärbung des Deutschen Bundestages ab. Immer weniger Abgeordnete kommen aus den Verbänden. Dies ist ein Zeichen für die Professionalisierung der Politik, mit der politische Karrieren nicht mehr über die Verbände laufen.

So hat sich die Interessenvertretung pluralisiert und das Berufsbild des professionellen Lobbyisten hervorgebracht. Diese sind nicht mehr überwiegend altgediente Politiker, die sich ihre Kontakte versilbern. Eine Professionalisierung ist auch in der Politikberatung zu beobachten: Government Relations, Public Affairs und Politikberatung sind die neuen Bezeichnungen auf Visitenkarten. Seitdem große Unternehmen in Berlin und Brüssel eigene Repräsentanzen unterhalten, ist es für die Wirtschaftsverbände schwieriger geworden. Direktes Unternehmenslobbying verspricht eine bessere Berücksichtigung der Unternehmensinteressen ohne eine Verwässerung durch verbandliche Kompromissbildung. Die Allianz-Versicherung preschte mit einem eigenen Vorschlag bei der Gesundheitsreform vor und brachte den Verband der privaten Krankenversicherungen arg in Bedrängnis.

Zu den Unternehmensrepräsentanzen gesellen sich Public Affairs Agenturen, die ihren Auftraggebern Lobbying und Medienkommunikation (Kampagnen, Werbung) als Gesamtpaket anbieten. Rund 40 dieser Agenturen gibt es in Berlin. Hinzu kommen sogenannte Law Firms, große Anwaltskanzleien, die sich auf politische Kommunikation spezialisiert haben. Nicht zu vergessen sind die Nichtregierungsorganisationen, die ebenfalls bestrebt sind, Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Argumente und Expertisen

Etwa 4.500 Lobbyisten arbeiten in Berlin, in Brüssel sind es rund 15.000; 2.067 Verbände und Interessengruppen sind beim Bundestag akkreditiert - vom ABDA, der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, bis zum Zweckverband Ostdeutscher Bauverbände. Sie alle versuchen, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, indem sie Abgeordnete und Ministerialbeamte mit Argumenten, Positionspapieren und Expertisen versorgen. Aber auch ausgearbeitete Gesetzentwürfe legen sie vor. Die Zusammenarbeit geht bis hin zur Beschäftigung von Unternehmens- und Verbandsmitarbeitern in Ministerien. Greenpeace etwa monierte jüngst, dass der Entwurf des Gesetzes zur Lagerung von CO₂ aus der Feder von RWE und Vattenfall stamme.

Die Grenze zwischen legitimer Beratung und unlauterer Einflussnahme ist dabei fließend: Deshalb ist eine Diskussion über die Legitimität und das Verfahren des Lobbying in Gang gekommen. Ausgehend von der US-amerikanischen Regulierung des Lobbying wird auf Ebene der EU und in Berlin über die Rechtmäßigkeit und Transparenz des Lobbying diskutiert. Inzwischen gibt es für die EU eine Regelung für größere Transparenz, allerdings auf freiwilliger Basis.

130 konkret und direkt spürbar. Ergeben sich aus dem Bau einer Umgehungsstraße Belastungen für das
Wohngebiet A oder B, so lässt sich diese Entscheidung nur bedingt auf der Grundlage eines
Parteiprogramms treffen. Dies gilt zumindest, wenn das Programm sich nicht generell gegen den
Straßenbau ausspricht.

135 Weil sich die handelnden Personen kennen, können Sie anders miteinander umgehen. Teilweise
haben sie gemeinsam die Schule besucht oder die Eltern kannten sich schon. Dies ermöglicht einen
Umgang miteinander, der über die Grenzen von Parteien und Fraktionen hinausgeht. Das Fehlen der
[Fünfprozentklausel](#) und die entsprechenden Regelungen im [Kommunalwahlgesetz](#) ermöglichen
außerdem eine starke Position von Einzelbewerbern und kommunalen Wählergemeinschaften.

140 **Warum brauchen wir also Parteien auf kommunaler Ebene, wo doch die Sachorientierung
und der Kompromiss im Sinne der Stadt, Gemeinde und des Landkreises im Vordergrund
stehen sollten?**

145 Die Kommune ist kein konfliktfreier Raum. Es werden Entscheidungen über knappe Güter und ihre
Verteilung getroffen. Es werden Vorteile gewährt und es werden Entwicklungschancen genommen.
Mancher, der seine angebliche Sachorientierung in den Vordergrund stellt, will das Vorhandensein
wirklicher Verteilungskonflikte verschleiern. Parteien setzen sich im Vorfeld von Entscheidungen
mit den bestehenden Konflikten auseinander. Durch ihre grundsätzlichen Haltungen bieten sie eine
größere Transparenz über Handlungspräferenzen. Die Auseinandersetzung zwischen den Parteien
verdeutlicht, dass es Konflikte gibt.

150 Kommunalpolitik war lange Zeit die Angelegenheit der lokalen Honoratioren. Die angesehenen
Männer des Ortes trafen die Entscheidungen für die Allgemeinheit. Eine breite demokratische
Teilhabe kann aber nicht auf Status und Besitz beruhen. Parteien bieten Beteiligungschancen
jenseits lokaler Oberschichten. Das ist oft anstrengender und weniger harmonisch, passt aber besser
in unsere Zeit.

155 Aus der Argumentation ist nicht zu schließen, dass in den Kommunen kein breiter Raum für ein
kommunalpolitisches Engagement außerhalb der Parteien bestehen sollte. Die Parteien stellen nicht
die besseren, aber auch nicht die schlechteren Vertreter kommunaler Interessen. Suchen und finden
Sie den für Sie passenden Rückhalt für Ihr kommunales Engagement, innerhalb oder außerhalb der
Parteien.

160 Da kommunale Entscheidungen konkrete Auswirkungen haben, bilden sich zahlreiche
Bürgerinitiativen, die sich „lediglich“ auf einem Themenfeld engagieren. Sie kämpfen für, zumeist
aber gegen etwas. Parteien sind auf Dauer angelegt und haben so eher ein ausgleichendes und über
einen Sachverhalt hinaus gehendes Interesse. Durch ihre Einbindung in die jeweiligen Landes- und
165 Bundesorganisationen ihrer Partei können die lokalen Vertreter Anliegen und Anforderungen in die
höhere Ebene transportieren. Die Entscheidungen der Landes- und Bundespolitik beeinflussen das
Leben in den Kommunen ganz gravierend. Der Druck von unten kann und soll dazu beitragen,
Politik im Sinne der kommunalen Ebene zu beeinflussen.

Die Feuerwehr und andere Vereine

170 Ein aktives Leben in unseren Kommunen kann es nur mit einer vielfältigen und starken
Vereinsarbeit geben. Neben neueren Formen bürgerschaftlichen Engagements bilden die Vereine
das Rückrat von Sport, Kultur und sozialen Aktivitäten in unseren Städten, Gemeinden und
Landkreisen. Sie binden Bürgerinnen und Bürger an ihre Kommune. Sie geben die Möglichkeit zur
persönlichen Entfaltung. Alteingesessene, Neubürger und Eingewanderte, Junge, Alte, Frauen,
175 Kinder: alle können sich in Vereinen beteiligen. Die Zusammenarbeit schafft bei allen

unterschiedlichen persönlichen Voraussetzungen positive gemeinsame Erlebnisse. Gemeinschaft wird spürbar.

180 Durch ihre Leistungserstellung in und für die Kommune und aufgrund ihrer Mitgliederzahl sind Vereine von großer Bedeutung für die Kommunalpolitik. Für die Mitglieder der kommunalen Vertretungen ist die Mitwirkung in den Vereinen sinnvoll. Dieses Engagement unterstreicht die Bedeutung der Vereine. Zugleich trägt die Vereinsmitgliedschaft dazu bei, den eigenen Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Das Vereinsleben ermöglicht immer wieder den direkten Kontakt zwischen Ratsmitgliedern und „normalen“ Vereinsmitgliedern.

185 Hier besteht die Chance, Anliegen und Anforderungen vorzubringen. Hier hören die Kommunalpolitiker ungefiltert, was die Bürgerinnen und Bürger denken.

190 Die Vereine müssen sich indessen auch den aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen stellen. Gerade in den ländlichen Räumen leiden die Vereine unter den Folgen der demografischen Entwicklung. Junge Menschen ziehen weg und fehlen dann in der Vereinsarbeit. Gerade aufwendigere Aktionen leiden unter den beschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten von Teilen der Bevölkerung. Zudem schwindet in Teilen der Bevölkerung die Bereitschaft, langfristige Bindungen an Vereine und Initiativen einzugehen. Wenn es eine Bereitschaft zur Mitwirkung gibt, dann richtet sich diese häufig auf kurzfristige Projekte und einzelne Initiativen. „Vereinsmeierei“
195 haftet etwas Altbackenes an.

Dennoch gilt: Das, was in gemeinschaftlicher Arbeit in Vereinen geleistet wird, könnte nie von Einzelpersonen geleistet werden. Vereine erwerben spezifische Kompetenzen, von denen die Allgemeinheit gerade in unseren Kommunen profitiert. Mit diesem Pfund sollte auch in den
200 nächsten Jahren gewuchert werden.

Die freiwillige Feuerwehr nimmt unter den Vereinen sicherlich eine Sonderstellung ein. Obwohl auch die Mehrzahl der anderen Vereine gesellschaftlich erwünschte und notwendige Arbeiten ausführt, stellen Brandschutz und Rettung eine besonders wichtige kommunale Aufgabe dar. Sport und Freizeitgestaltung sind wichtig, Brandschutz ist aber unverzichtbar.
205

Die vielen freiwilligen Feuerwehren übernehmen aber nicht nur Aufgaben in ihrem „Kernbereich“. Sie sind von großer Bedeutung für das soziale Leben, vor allem in kleineren Städten und Gemeinden. Die Wehren bieten zahlreiche Aktivitäten und engagieren sich häufig auch in der Kommunalpolitik. In den letzten Jahren müssen sich aber auch die Feuerwehren den Problemen der
210 Kommunen in Brandenburg stellen. Wegen des Wegzugs jüngerer Menschen haben sie Nachwuchsprobleme und können die Einsatzbereitschaft nicht sichern.

Eine dauerhafte Sicherung der freiwilligen Feuerwehren ist eine Herausforderung für die Sicherheit und für den Erhalt lebenswerter und lebendiger Städte und Gemeinden.

215 **Bürgerinitiativen**

Zu den inzwischen nicht mehr neuen Formen kommunalpolitischer Auseinandersetzung gehören die Bürgerinitiativen. Diese entstehen oft ad hoc. In einigen Fällen bilden sich Initiativen, um etwas zu unterstützen oder zu befördern. In vielen Fällen kämpfen sie auf allen Ebenen gegen Vorhaben der öffentlichen Verwaltungen, vor allem aber im kommunalen Bereich (z.B. Straßenbau oder die
220 Ausweisung von Bauland).

Auf der einen Seite ist das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu begrüßen. Auf der anderen Seite bewegen sich Bürgerinitiativen oft in Spannungsverhältnissen. So legitim es ist, bestimmte Vorhaben aufgrund eigener Interessen und Motive abzulehnen, so sehr steht die Frage nach dem

225 Allgemeinwohl im Raum. Dabei ist es natürlich sehr schwer zu bestimmen, was dem Gemeinwohl eher entspricht: die Durchführung einer bestimmten Maßnahme oder eben ihre Verhinderung.

Was sich als großes Plus für die Handlungs- und Aktionsfähigkeit der Bürgerinitiativen erweist, kann für die kommunale Gesamtentwicklung zu einem Problem werden: Ihre Ausrichtung auf eine
230 Maßnahme, ein Thema oder ein bestimmtes Projekt. Die Gegenseite hat häufig einen Gesamtzusammenhang zu beachten.

So hängt die Beurteilung der Initiativen sicher auch von der eigenen Position in der Auseinandersetzung ab. Die kann als Anwohner einer bisher verkehrsberuhigten Zone, die für den
235 LKW-Durchgangsverkehr geöffnet wird, eine ganz andere sein, als die des Spediteurs, der zugleich Mitglied der Vertretung ist.

Eine erfolgreiche Gemeindevertretung und ein einfühlsamer [Bürgermeister](#) suchen auch ohne Druck den direkten Draht zur Bevölkerung. Genauso wie es bei Bürgerinitiativen den Fall von Egoismus und Kirchturmdenken gibt, haben sie schlimme kommunale Planungsfehler gemildert oder die
240 Umsetzung unsinniger Projekte verhindert.

Man kennt sich - Chancen und Risiken großer Nähe

Es gibt sie immer wieder: die Fälle von Korruption und Vorteilsnahme. In Abständen tauchen die besonders krassen Fälle schlagzeilenträchtig in den Medien auf. Einige Kommunen im Land haben
245 sich einen besonders zweifelhaften Ruf erworben. Wo aber fangen Korruption und Vorteilsnahme an? Bis wohin gehen die Grenzen einer Zusammenarbeit vor Ort, von der alle profitieren? Was fällt noch unter erlaubte kommunale Wirtschaftsförderung und was ist preistreibende und Wettbewerb ausschließende vergaberechtswidrige Praxis?



250 In unseren Kommunen wird viel gebaut. Straßenbau bringt aber nicht nur Vorteile. Z.B. leiden ansässige Händler unter den jeweiligen Bedingungen.

Die Grenzen sind oft fließend und die Anfänge kaum zu bemerken. Immer wieder wird darüber diskutiert, dass bei Vergaben möglichst die örtlichen Unternehmen zum Zuge kommen. Schließlich garantieren sie Arbeitsplätze und zahlen [Gewerbesteuer](#) vor Ort. Grundsätzlich ist diesem Ansinnen
255 zuzustimmen. Die Gefahren können aber bereits hier lauern.

425 Tatsächlich gibt es eine Krise im System, und zumindest die Außenseite dieser Krise ist für jeden
sichtbar: Was sich früher durch Regierungshandeln scheinbar leichthändig steuern ließ, das läuft
heute aus dem Ruder. Politische Institutionen sind mit der Lösung von Problemen beschäftigt, die
bei der Lösung älterer Probleme (»Atommülllagerung«) entstanden waren. Ob Hartz IV oder das
Gesundheitssystem – die Reibungshitze steigt, während die politische Wirkung sinkt. Was früher
430 eine freie Entscheidung war, das scheint heute ein Sachzwang. Der Gordische Knoten ist das
Wappenzeichen der Regierungskunst und die fluchtartige Selbstentfernung aus dem Amt der neue
Standardreflex des Politikers.

Die Erfinder der liberalen Gesellschaft hatten sich das alles ganz anders vorgestellt. Noch in den
achtziger Jahren lernten Studenten im Grundstudium, dass sie wie ein großes Mobile funktioniere:
Die Einzelteile der liberalen Gesellschaft hängen säuberlich getrennt in einem kräftigen politischen
435 Rahmen und arbeiten – streng nach Aufgabenbereichen geschieden – vernünftig vor sich hin. Hier
gibt es die Wirtschaft, dort das Recht, daneben die Kultur mit ihren Theatern, ihren Opern und
Museen. Nicht zu vergessen die Wissenschaften und die Medien. Und obwohl die einzelnen
Teilsysteme ihren eigenen Gesetzen folgen, ihrer »Rationalität«, spielen sie im Großen und Ganzen
zusammen. Durch Innovation und Reform mehren sie den Nutzen der Gesellschaft, sie fördern
440 Wohlstand und Fortschritt. Protest ist überflüssig, denn in der liberalen Gesellschaft ist das
Wirkliche vernünftig und das Vernünftige wirklich.

Dieses Modell klingt ausgesprochen putzig, es klingt wie ein politisches Märchen aus den alten
Zeiten der Bundesrepublik. Wenn man im Bild bleiben will, müsste man sagen, dass sich das
Gesellschafts-Mobile heute »verhakt« hat: Die gesellschaftlichen Teilsysteme erzeugen Abwehr und
445 Unmut, sie erzeugen Misstrauen und Widerstand, wenig spielt noch zusammen. Oder wie
Soziologen sagen würden: Die Bürger zweifeln an der Rationalität der Funktionssysteme, der
Veränderungsfuror macht ihnen Angst, und sie empfinden den Fortschritt (»Innovation, Reform«)
als Eingriff in ihre Lebenswelt, als »Landnahme«. Sie glauben nicht mehr, dass es klug ist, ein
weltberühmtes Weinanbaugebiet an der Mosel mit einer Autobahnbrücke zu verzieren oder – wie in
450 [Heidelberg](#) – die historische Stadthalle durch einen aufgeblasenen Anbau so zu erweitern, dass sie
dabei zerquetscht wird wie eine leere Coladose. Viele Bürger glauben auch nicht, der Gipfel der
Vernunft sei erreicht, wenn antiquierte Atomkraftwerke länger laufen und den Konzernen der Profit
und der Bevölkerung das Risiko überlassen wird.

Man könnte so fortfahren und wird immer wieder auf einen konservativen Zweifel treffen, auf einen
455 tief sitzenden Vorbehalt gegen Ökonomisierung, Innovation und Reform. Auch der Aufstand gegen
die Untertunnelung des Stuttgarter Hauptbahnhofs (»Die Bahn macht mobil«) gehört ins Bild, und
mag die schwarz-gelbe Regierung Mappus den Demonstranten auch noch literweise Tränengas in
die Augen sprühen, sie wird den Protest gegen Stuttgart 21 so schnell nicht niederknüppeln. Denn
die Abwehrschlacht kreuzbraver schwäbischer Bürger entzündet sich nämlich nicht nur an der
460 Zerstörung eines Bahnhofsflügels, am Imperialismus der Bagger, am Abholzen deutscher Eichen
oder dem Pendelschlag der Abrissbirnen; er entzündet sich auch nicht nur an Stadtplaners Liebling,
der Boutiquenmeile für nomadisierende Smart-Shopper (»Willkommen im Einkaufsparadies der
Zukunft«) – der Widerstand richtet sich gegen eine Kernpassion der Moderne, gegen das Prinzip
Geschwindigkeit und die Verkürzung von Zeit.

465 Der Stuttgarter Grundzweifel lautet: Ist es vernünftig, für einen minimalen
Lebensbeschleunigungsschub Milliarden Euro in tiefen schwarzen Löchern zu verbuddeln, während
für Bildungsetats nie genug Geld da ist und die Zahl der sozial Abgehängten immer noch wächst?
Lohnt der Preis des Fortschritts, lohnen die Amputation des Stadtkörpers und der Gigantismus der
Erdbewegungen, nur um wenige Fahrzeitminuten herauszuschinden, die durch pünktlich eintretende
470 Verspätungen garantiert wieder egalisiert und durch saftige Preiserhöhungen gewürzt werden? Ist
diese Ratio noch vernünftig? Und ist die [Deutsche Bahn](#) nicht längst zur Parodie dieser
Beschleunigungslogik geworden? Ist es nicht leerer Fortschritt, wenn auf der sündhaft teuren

Schnellbaustrecke zwischen [Fulda](#) und Hannover die alten Intercity-Züge genauso flink ans Ziel gelangen wie jene supermodernen ICEs, die nur deshalb schneller fahren müssen, weil sie durch ihr schieres Gewicht naturgemäß langsamer beschleunigen. Mit einem Wort: Hat die Ökonomisierung von Zeit, die glorreiche Rationalität des »Immer schneller« nicht längst einen Punkt erreicht, an dem die Kosten den Nutzen übersteigen?

Modernisierung, Effizienz, Innovation: Das waren auch die Schlagworte der Bologna-Reform an den Universitäten, einer Reform, für die es sogar gute Gründe gab. Der europäische Hochschulraum sollte vereinheitlicht, das Studium beschleunigt und vom Ballast der Saumseligen und Schnarchnasen befreit werden. Um es im Unternehmensberaterdeutsch zu sagen: Die Ausbildungsdauer des Humankapitals sollte verkürzt und die Marktfähigkeit des Studentenkörpers durch Studienzeitverdichtung nachhaltig erhöht werden. Über Nacht wurden die Universitäten deshalb zu Unternehmen umgebaut und am neoliberalen Managementmodell ausgerichtet. Der Student mutierte zum Kunden, der Rektor zum Vorstandsvorsitzenden, und die Hochschulräte wurden in Aufsichtsräte umgewandelt. Wo früher von Wissen und Wahrheit die Rede war, hielt die betriebswirtschaftliche Wertschöpfungssemantik Einzug, die Rede von Geld und Effizienz.

Bekanntlich endete der Bologna-Prozess in einem großen Durcheinander und erzeugte einen fast schon körperlichen Widerstand von Professoren und Studenten. Sie empfanden die Zwangsfusion von Wirtschaft und Wissenschaft als Übergriff, als »Kolonisierung«, und wieder hinterließ eine »vernünftige« Reform ganze Berge an Unvernunft. Nun betreiben die Ermatteten die Reform der Reform und versuchen ganz konservativ, den Eigensinn der Universität wiederzugewinnen – den Geist einer Gelehrtenrepublik, in der Wahrheit und Beweis zählen und nicht Effizienz und Geld.

Oder noch ein Beispiel. Nicht nur für Studenten, auch für Eltern hat das politische Kosewort »Reform« einen bedrohlichen Klang angenommen. Das verkürzte Abitur (»Turbo-Abitur«) erzeugt immer noch Unmut, und auch die präventive Anwendung des Eliteprinzips, die freudlose Dauerevaluation von Mäßig-, Mittel- und Hochbegabten zwecks »Auslese der Besten«, findet nicht mehr allzu viele Freunde. Die Frage lautet, ob es wirklich intelligent sei, Schüler noch stärker unter Dauerstress zu setzen und ihre Stoffaufnahmekapazität Pisa-effizient so weit zu erhöhen, dass der Nachhilfeunterricht zur neuen Regelschule wird.

Und warum wurde die schwarz-grüne Schulreform in Hamburg abgeschmettert? Sie scheiterte nicht nur daran, dass das liebe Bürgertum ihre zum Gymnasium geborenen Sprösslinge von Migranten und anderen »Schmuddelkindern« fernhalten wollte; sie scheiterte auch daran, dass die Eltern das Dauerexperiment mit der Institution Schule leid waren – das administrative Chaos, den maximalinvasiven Eingriff bürokratischer »Vernunft« in die Lebenswelt der Schüler. Der nächste Kampfplatz, man ahnt es, wird gerade in [Berlin](#) eröffnet, wo eine ebenso hilflose wie übergriffige Schulverwaltung zu der späten Einsicht gelangt, dass man mit der Reklamephrase »Arm, aber sexy« zwar easyJet-Touristen feuchtfrohlich durch die Nacht bringt, nicht aber Stadtkinder auf eine gute Schule.

Und warum gehen derzeit Theaterleute, Maler, Performancekünstler und Stadtteilartisten auf die Barrikaden – also jenes Milieu, das noch vor Kurzem den Eindruck erweckte, es würde sich mit der Narrenrolle am Hof der Global Class begnügen? Man hat von diesem Protest wenig verstanden, wenn man glaubt, es gehe den Künstlern allein um Dukaten aus dem Stadtsäckel und um die Angst, nach der »Finanzkrise« in die Arbeitslosigkeit weggespart zu werden. Auch dieser Aufruhr ist konservativ, auch er ähnelt einer Abwehrschlacht: Die Künstler kämpfen gegen den Missbrauch ihrer Kunst für städtische Marketinginteressen, das »City-Branding«. Sie wollen nicht in Metropolen leben, die ihre Werke kapitalisieren, um »Aura, Ambiente und Freizeitwert« zu erhöhen. Künstler wie Daniel Richter finden es töricht, wenn Ökonomie und Ästhetik für eine Spektakelkultur zwangsverschmolzen werden, damit sich die Flattergeister der Kreativwirtschaft in der Welt zu Hause fühlen.

Übertrieben? In einer Stadt, die wild entschlossen ist, kulturell dorthin abzustiegen, wo sich die regierende Koalition aus Christdemokraten und Grünen mental am wohlsten fühlt, nämlich in die Provinz – in Hamburg will der Kultursenator unbeirrt das Schauspielhaus trockenlegen, er will ein Museum schließen und jene Festival-Event-Folklore stärker fördern, von der es an der [Elbe](#) schon heute mehr gibt als Sand in der Wüste.

Halten wir einen Moment inne. Bis jetzt lautet der Befund, Protest rege sich immer dort, wo die Bürger an der »Vernunft« von Wachstums- und Beschleunigungsdruck zweifeln, an den Verheißungen von Fortschritt, Reform und Ökonomisierung. Dieses Unbehagen ist strukturell konservativ, man kämpft nicht für etwas, man kämpft gegen etwas. Atomkraftgegner kämpfen gegen die verlängerte Produktion von radioaktivem Hochrisiko; Studenten und Professoren möchten verhindern, dass ihre Universität progressiv zum Profitcenter umgebaut wird, Eltern wollen, dass eine Schule eine Schule bleibt, und protestieren – ob zu Recht oder zu Unrecht – gegen die bürokratische Rationalität einer eingreifenden Verwaltung. Künstler wehren sich gegen den »symbolischen Kapitalismus« des Stadtmarketings und bestehen auf der Unterscheidung von Kunst und Reklame. Und für die demonstrierenden schwäbischen Bürger ist Stuttgart 21 eine sinnlose Verausgabung von Energie und das Nullsummenspiel eines technokratischen Denkens, das niemanden mehr glücklich macht.

Um ein letztes Mal das Bild des Mobiles zu bemühen: Viele Teilsysteme hängen »schief« oder sind dysfunktional. Das gilt vor allem für die »schicksalhafteste Macht« (Max Weber) der Gesellschaft, für die Wirtschaft. Bis zum Kollaps der Wall Street schworen auch Sozialdemokraten auf die natürliche Vernunft des Marktes und glaubten, diese gedeihe umso prächtiger, je weniger unvernünftige Hindernisse seiner segensreichen Entfaltung im Wege stünden. Bekanntlich war das Gegenteil der Fall, und es zeigte sich: Eine verlässliche, dem Markt »eingeborene« Rationalität existiert gar nicht. Wenn man sie gewähren lässt, dann entkoppelt sich die finanzmarktgetriebene Ökonomie von gesellschaftlichen Interessen und kreist – mit einem überraschenden Wort von [Wolfgang Schäuble](#) – »nur noch um sich selbst«. Die Demonstranten in Heiligendamm, die beim G-20-Gipfel am Eisenzaun rüttelten, hätten es nicht treffender sagen können.

Aber warum tragen die Bürger ihren Unmut auf die Straße? Warum wählen sie nicht einfach eine andere Partei? Warum vertrauen sie nicht auf die »Legitimation durch Verfahren« und fühlen sich von ihren Repräsentanten nicht mehr repräsentiert? Lautet nicht die großartige Grundformel der Demokratie: Über das Parlament wirkt die Gesellschaft der Freien und Gleichen steuernd auf sich selbst ein? Gilt das plötzlich nicht mehr?

Selbstverständlich gilt der Satz, und doch haben sich politisches System und Zivilgesellschaft schon seit Längerem eindrucksvoll entfremdet. Wenn man Meinungsumfragen Glauben schenken darf, dann ist das Vertrauen in die Demokratie und in die Steuerungsfähigkeit der Politik erdrutschartig gesunken. Auch die Wahlbeteiligung geht zurück, nur noch siebzig Prozent der Wahlberechtigten gaben bei der letzten Bundestagswahl ihre Stimme ab, in den siebziger Jahren waren es noch neunzig Prozent.

Vieles spricht dafür, dass sich die Entfremdung von Politik und Gesellschaft einer intrikaten Mischung aus Sachzwangpolitik und Entparlamentarisierung verdankt. Schon die rot-grüne Regierung Schröder versuchte, die Bürger mit dem Imperativ des »Sachzwangs« einzuschüchtern, mit der autoritären Losung »Es gibt keine Alternative«. In quälender Monotonie beschwor sie Sach- und Wachstumszwänge, sie forderte bei Strafe des nationalökonomischen Niedergangs drastische Reformen und tägliche »Anpassungen«. Sogar die nach einem gefallenen VW-Manager benannte Hartz-IV-Sozialreform, daran hat gerade der Politikwissenschaftler [Franz Walter](#) erinnert, wurde als »alternativloser Ausbruch aus der bundesrepublikanischen Trägheit in den unaufhaltsamen Fortschritt der globalen Moderne« verklärt.

Um ein Missverständnis zu vermeiden: Natürlich haben sich Politiker die »Sachzwänge« nicht bloß

ausgedacht, um die Wähler hinters Licht zu führen. Es gibt diese Zwänge wirklich, alle Koalitionen
570 gerieten zwischen die Mühlsteine der Globalisierung. Dennoch steckt in der Politik des Sachzwangs
eine subtile Erpressung. Sie demütigt den demokratischen Geist und beleidigt den politischen
Freiheitssinn, weil sie Inhalt und Ziel einer »Innovation« oder eines Großprojekts immer schon
vorgibt, weil sie dem Wähler die Wahl nimmt und ihn nötigt, der alternativlosen Entscheidung in
freier Einsicht »zwanglos« zuzustimmen. Die Implantierung von Sachnotwendigkeiten in die
575 mentale Verfassung der Gesellschaft mag eine Weile funktionieren, aber früher oder später erzeugt
sie Ohnmachtsgefühle, die sich als Protest Ausdruck verschaffen. Dann erkundigen sich aufsässige
Bürger plötzlich nach Alternativen, sie verlangen, wie die Begeisterung für den verhinderten
Bundespräsidenten Joachim Gauck beweist, eine andere, nämlich aufrichtige Form der politischen
Kommunikation – sie verlangen nach demokratischer Transparenz und Mitsprache.

580 Längst macht das böse Wort von der »Lobby-« und »Investorendemokratie« die Runde. Darin
steckt der Verdacht, dass im Bundestag viele Entscheidungen erst dann »transparent« diskutiert
werden, wenn sie in Hinterzimmern bereits gefallen sind. Auch hier weisen die Spuren zurück in die
Vergangenheit. Schon Gerhard Schröders »Nationaler Ethikrat« war der ausgefuchste Versuch, das
Parlament zu untertunneln und durch »kritischen Expertendiskurs« biopolitische Weichenstellungen
585 vorzubereiten, die sonst an moralischen Skrupeln der Bürger gescheitert wären.

Im Großen wie im Kleinen hat das Klandestine Konjunktur, und das gilt – wie die zwanzig
Bürgerinitiativen in Berlin und [Brandenburg](#) beweisen – nicht nur für die Festlegung von
Flugrouten, von denen die Betroffenen erst dann erfahren, wenn sie ihre Häuschen schon gebaut
haben. Beim Großprojekt Stuttgart 21 wurde erst im Nachhinein publik, auf welch fragwürdiger,
590 der Öffentlichkeit vorenthaltener »Faktenbasis« Entscheidungen getroffen und schöngerechnet
wurden. Und dass Angela Merkels »Atomkompromiss« mit den Energiekonzernen ein geheimes
Zusatzprotokoll mit industriefreundlichen Schutzklauseln enthält, ist Wasser auf die Mühlen derer,
die behaupten, politische Entscheidungen würden in undurchsichtigen Beziehungsgeflechten
getroffen, um sie öffentlicher Einflussnahme zu entziehen. Die Atomindustrie, so heißt es dann,
595 diktiert der Regierung die Bedingungen ins Merkheft – und die Sache fliegt nur deshalb auf, weil
ein übernächtiger RWE-Manager sich zufällig verplappert. Und da wundert sich [Norbert Röttgen](#)
([CDU](#)) über »Gesprächsstörungen« zwischen Politik und Bürgern.

Der inzwischen wieder investigationsfreudige *Spiegel* fand heraus, dass in einem wichtigen
Änderungsantrag zum Arzneigesetz fast wörtlich eine Forderung der Pharmalobby übernommen
600 wurde. Zu Recht beklagt wird auch die Praxis von Leihbeamten, die von der Industrie in die
Bundesministerien geschickt werden und dort wohlätig an Gesetzesentwürfen mitwirken, die später
einmal ihre eigenen Unternehmen betreffen. Beim Lkw-Maut-Projekt war es den Parlamentariern
verwehrt, die Verträge einzusehen, und als sich die Volksvertreter beschwerten, warnte der BDI
gleich: »Aus den Problemen bei der Lkw-Maut darf man nicht die Konsequenz ziehen, solche
605 Verträge künftig den Eingriffen des Parlaments zu unterwerfen.«

Folgt man einigen Demokratietheoretikern, dann erleben wir gerade den Abschluss der klassischen
parlamentarischen Epoche. Die alte kontrollierende Demokratie, so sagen sie, werde durch
undurchsichtige Machtkomplexe und Verhandlungsregime abgelöst, in denen der Staat in
informellen Strukturen Entscheidungen trifft, die anschließend unter Einsatz von Basta-Parolen
610 durch das machtlose Parlament gepeitscht und von bienenfleißigen PR-Agenturen dem
gleichgültigen Volk schmackhaft gemacht werden.

In diesen Wochen allerdings sieht es so aus, als treffe genau das Gegenteil zu. Die diffusen
Protestbewegungen erobern in unkalkulierbaren Gravitationen den politischen Raum zurück;
erstaunt genießen die vereinzelt Bürger der Ego-Gesellschaft (»Unterm Strich zähl ich«) eine
615 neue Gemeinsamkeit, sie testen ihre Souveränität und sind prinzipiell erst einmal »dagegen«. Nach
den Jahren politischer Apathie kann diskursiver Druck auf die Parlamente nicht schaden; er zwingt

620 Politiker zur geduldigen Selbsterläuterung und macht den Eliten klar, dass neben ihrer
Parallelgesellschaft noch eine andere Welt existiert. Dass der Protest rasch durch
»Volksabstimmungen« kanalisiert werden kann, ist allerdings eine trügerische Hoffnung; in einer
vertikal organisierten Demokratie bleibt das horizontale Instrument der Volksabstimmung ein
zweischneidiges Schwert.

625 Und wie geht es weiter? Möglich ist, dass sich – wie der französische Historiker Pierre Rosanvallon
glaubt – Demokratien durch solche Proteste transformieren. Sie lernen, dass die Gleichsetzung von
Mehrheit und Gemeinwillen nicht mehr stimmt und sich das Interesse der »Mehrzahl nicht mehr
einfach mit dem der Mehrheit gleichsetzen lässt« (*Demokratische Legitimität*, Verlag Hamburg
Edition). Möglich auch, dass sich ein Teil des angestauten Erregungspotenzials der »Wutbürger«
(*Spiegel*) parteipolitisch bindet und auf Sarrazins Spuren rechts von der CDU einen neuen
Volkstribun ausruft. Nicht sehr wahrscheinlich scheint dagegen, dass die Modernisierungsproteste
630 ihre lokalen Interessen hintanstellen und die Regierungen dazu bringen, Druck auf die EU
auszuüben, um endlich eine europäische Sozial- und Wirtschaftsordnung zu etablieren, die ihren
Namen wirklich verdient. Das würde die nationalen Handlungsspielräume erhöhen; es würde das
Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie wachsen lassen und die Floskel vom
schicksalhaften kapitalistischen Sachzwang zu dem machen, was sie oft genug war: eine Ausrede.

635 Wie immer es sich damit verhält – die Angst vor dem Verlust lebensweltlicher Verlässlichkeit wird
man politisch weder rückstandsfrei »bearbeiten« noch sonst wie aus der Welt schaffen können.
Solche Tiefenängste entspringen einer vom zermürbenden Kampf um Wettbewerbsfähigkeit
verhexten Lebensweise und paaren sich gern mit militanter Nostalgie und konservativen Reflexen.
Um es mit dem Kulturwissenschaftler Hartmut Böhme zu sagen: Die entfesselte kapitalistische
640 Moderne ist nun einmal gezwungen, ihre »Identität auf permanenten und damit riskanten Wandel
einzustellen«, auf chaotische Unbestimmtheit, auf »Bewegung, Zerstörung und Wachstum«.
»Unsicherheit ist ihre Entwicklungsvoraussetzung. Aber der Innovationsdruck in Kombination mit
Enttraditionalisierung bedeutet für immer mehr Menschen nur noch Stress und Schmerz.«

- **Quelle:** DIE ZEIT, 14.10.2010 Nr. 42
- **Adresse:** <http://www.zeit.de/2010/42/Modernisierungsprotest/komplettansicht>

645